



Ein falscher Zug

Ein Geflüchteter besteigt in Österreich einen falschen Zug nach Budapest. Von den ungarischen Behörden wird er über die EU-Grenze abgeschoben. Der Fall ist ein Beispiel für Ungarns rechtsbrüchige Flüchtlingspolitik – die von der EU gestützt wird. Von Christof Mackinger

In dem Raum roch es so scharf, als wäre da Peperoni drinnen gewesen“, beschreibt Djamal Ahmed* die Zelle, in die ihn die ungarische Polizei gesperrt hat. Ihm und den anderen hätten die Augen getränt, sie mussten unentwegt husten, hatten Durst – typische Folgen eines Pfefferspray-Einsatzes. „Es war wie Folter“, sagt Ahmed. Seine Bitte um Wasser beantwortete ein Beamter mit einem Schlag mit der Pistole ins Genick. „Da habe ich gedacht, hier ist es zu Ende.“

Wenige Stunden zuvor, am 9. April 2022, hatte Ahmed der ungarischen Polizei wiederholt zu erklären versucht, dass er in Österreich wohne. Erfolglos. Der Mann wurde mit einem Gefangenentransport ans andere Ende des Landes gebracht, wo er mit sieben weiteren Geflüchteten in besagter Zelle eingesperrt wurde. Dabei hatte der 32-jährige Ahmed große Pläne. Der gebürtige Syrer wollte nicht nur in Österreich Jus studieren, er wollte auch seine Frau nach Graz holen, wo er seit kurzem wohnte.

Im Winter 2021 war Ahmed nach Österreich gekommen, er stellte einen Asylantrag, sein Verfahren lief. Vier Monate nach seiner Ankunft, an jenem schicksalhaften Apriltag, besuchte er einen Freund in Wien. Auf dem Rückweg in die Steiermark stieg er in den falschen Zug. Nach zwei Stunden, kurz vor der Ankunft in der ungarischen Hauptstadt Budapest, bemerkte er seinen Fehler. „Ich wollte in Budapest schauen, wie ich zurück komme, wann der nächste Zug nach Graz fährt“, erzählt der Mann im Videotelefonat. Er sitzt im weißem Pulli vor einer grau lackierten Wand.

72.000 Pushbacks

Stattdessen wird Ahmed am Budapester Bahnhof von der ungarischen Polizei angehalten. Schnell hätten sie ihm sein Handy abgenommen. Ahmeds Erzählungen sind daher kaum nachzuprüfen. NGOs aber halten sie für glaubhaft. Seine Zugangskarte für die EAST Traiskirchen interessierte die ungarische Polizei nicht. Sie nahmen den Asylwerber mit, und Ahmed wurde zu einer Nummer auf der Webseite des ungarischen Innenministeriums. Unter der Überschrift „Entwicklungen der illegalen Migration“ veröffentlicht dieses dort die Zahlen erfolgter Rückschiebungen. In der Kalenderwoche 14 des vergangenen Jahres waren es 2.043 Menschen. Einer davon muss Djamel Ahmed sein. Da es in Ungarn fast unmöglich ist, einen Asylantrag zu stellen, handelt es sich bei den Rückschiebungen um illegale Pushbacks. Laut *Amnesty International* soll es in Ungarn im Jahr 2021 rund 72.000 Pushbacks nach Serbien gegeben haben. Asyl zugesprochen hat das Land im vergangenen Jahr gerade mal zehn Menschen.

An Ungarns Südgrenze, wenige Meter vom Grenzzaun zu Serbien entfernt, befindet sich gegenüber des Grenzübergangs Horgoš auf ungarischem Staatsgebiet ein aufwändig eingezäuntes Areal mit blauen Containern. Hier werden die meisten Geflüchteten, die von Ungarn nach Serbien abgeschoben werden, eingesperrt und abgefertigt. Auch Ahmed erkennt die Container auf einem Foto wieder.

Milica Svabic kennt diese Einrichtungen gut. Svabic ist Anwältin bei der Menschenrechts-Organisation *Klikaktiv* in Serbien. Mit ihren Kolleg:innen beobachtet sie die Vorgänge an der ungarisch-serbischen Grenze genau. Jede Woche fährt sie an die Grenze, informiert Geflüchtete über ihre Rechte und sammelt Erfahrungsbe-

richte von Pushbacks. „Ich mache diese Arbeit seit neun Jahren. Die Situation ist bei weitem die Schlimmste, die wir hier jemals hatten.“ Svabic berichtet von Menschen mit gebrochenen Gliedmaßen, von exzessiver Gewalt seitens ungarischer Beamt:innen mit Schlagstöcken, mit Polizeihunden, sogar gegen Kinder. Dazu

Österreich und andere EU-Staaten arbeiten Ungarn bei der Flüchtlingsabwehr sogar zu.

komme die psychische Gewalt: Drohungen, Entkleiden, sogar uriniert sollen ungarische Beamte auf Geflüchtete haben. „Alles mit dem Ziel sie davon abzubringen nochmal über die Grenze nach Ungarn zu kommen“, sagt die Anwältin. *Ärzte ohne Grenzen* habe in der Grenzregion 500 – durch ungarische Beamt:innen – Verletzte behandelt, heißt es in einer Mitteilung der NGO.

Ahmed berichtet, dass nach zwei Stunden in den Containern Fotos von ihm gemacht worden seien. Anschließend hätten ihn ungarische Beamten unter Prügel über die Grenze nach Serbien gejagt. „Das waren keine Menschen“, sagt er. „Das waren Barbaren.“

Auf der anderen Seite warteten schon serbische Grenzer:innen. Sie seien korrekt und freundlich gewesen, sagt Ahmed, hätten ihm zu Trinken gegen und eine Mahlzeit. Doch seine unfreiwillige Reise war in Serbien nicht zu Ende. Ahmed wurde innerhalb weniger Tage von Grenze zu Grenze weiter geschoben, von Serbien nach Mazedonien, von dort nach Griechenland. „Was ich in Griechenland erlebt habe, werde ich bis zu meinem Tod nicht verges-

sen“, erzählt Ahmed. Er berichtet von Tritten mit schweren Stiefeln; von einem Gefängnis für Geflüchtete, in dem griechische Soldaten die Gefangenen mit Müll bewarfen; wo der einzige Wasserzugang auf einer Toilette war. „Wir hatten einfach nur Angst“, sagt Ahmed. Und wieder habe er gedacht: „Das ist unser Ende.“ Nach zwei Tagen wurde Mohammad Ahmed mit einem Wasserschlauch geweckt und mit neun weiteren Männern zum türkisch-griechischen Grenzfluss Evros gebracht. Unter Schlägen wurde er gezwungen,

vor dem *Europäischen Gerichtshof* in Luxemburg. Doch das bewegt das Land nicht zur Abkehr von seiner rechtsbrüchigen Praxis – und die restlichen EU-Staaten üben kaum Druck aus, im Gegenteil.

Ungarns westliches Nachbarland Österreich und andere EU-Staaten arbeiten Ungarn bei der Flüchtlingsabwehr sogar zu. Unbestätigten Berichten des *Borderviolence Monitoring Network* zufolge sind etwa immer wieder Polizeibeamt:innen aus Tschechien und Frankreich an Operationen in Ungarn beteiligt. Österreich startete 2022 gar offiziell eine Kooperation mit der ungarischen Polizei unter dem Namen Operation Fox. Innenminister Karner beschrieb die Operation als „konsequentes Vorgehen gegen Asylmissbrauch und die Schleppermafia“. Seit Beginn der Operation Fox sind täglich rund dreißig österreichische Polizist:innen nahe der ungarisch-österreichischen Staatsgrenze im Einsatz, mit Drohnen und Wärmebildkameras. Dutzende Schlepper habe man bereits festgenommen und „620 geschleppte Personen“ seien aufgegriffen worden, brüstet man sich. Österreichs Polizist:innen übergeben die Geflüchteten stets an die ungarischen KollegInnen – ohne Fragen zu stellen. Aber achten diese ihre Rechte, zum Beispiel ein Asylverfahren stellen zu können? „Zu Tätigkeiten anderer EU-Staaten müssten sie bitte dort anfragen“, teilt das Innenministerium auf Anfrage der mit.

Faris Hussein* ein junger Mann, der ebenfalls aus Syrien stammt, versuchte letzten Winter mit einem Dutzend weiterer Geflüchteter im Auto eines Schleppers von Ungarn nach Österreich einzureisen. Aus seinem Versteck im Lieferwagen sah er, noch auf ungarischem Staatsgebiet, dass ihnen mehrere österreichische Polizeiautos folgten. Da sei der Schleuser am Steuer in Panik geraten, habe beschleunigt, das

Österreichs Innenminister Karner will künftig noch enger mit Ungarn kooperieren.

nackt auf die andere Seite zu schwimmen, in die Türkei. Später schickt Ahmed noch ein Foto von nach seiner Ankunft in der Türkei: Sein breiter Rücken ist von den Schlägen mit tiefen Striemen übersät.

Operation Fox

Ungarn verstößt mit seiner Flüchtlingspolitik systematisch gegen die europäische EU-Grundrechtecharta. Etwa gegen das geflüchteten Menschen garantierte Recht auf ein faires Asylverfahren, gegen das Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung und die Abschiebung in einen Staat, „indem das ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter oder einer anderen unmenschlichen Behandlung besteht“. Der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* hat Ungarn in den letzten Jahren rund ein Dutzend Mal verurteilt, weil das Land im Umgang mit Geflüchteten gegen internationales Recht verstößt. Erst jüngst kassierte Ungarn eine weitere Verurteilung

Lenkrad verrissen. Die Fahrt endete an einem Baum, der Lenker konnte flüchten. Hussein blieb unverletzt und wurde von den österreichischen Beamt:innen aufgegriffen. „Ich habe sie an der österreichischen Flagge auf ihren dunkelblauen Uniformen erkannt“, sagt er. Diese hätten ihn korrekt behandelt und ihn und die übrigen Passagiere in ein Krankenhaus gebracht, erzählt er. Es habe keine Gewalt gegeben. Doch nachdem Hussein von den Österreichern an die ungarischen Behörden übergeben worden war, wurde auch er ohne aufwändiges Prozedere abtransportiert und über die Transitzone Röszke nach Serbien geschickt.

Bis 2021 war auch die europäische Grenzschutzagentur *Frontex* in Ungarn aktiv. *Frontex* ist nicht gerade bekannt dafür, die Rechte von MigrantInnen allzu ernst zu nehmen. In der Ägais etwa habe *Frontex* „schwere Menschenrechtsverletzungen gebilligt“, befand eine Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments. Aus Ungarn aber hat sich *Frontex* zurückgezogen, nachdem der EGMR feststellt hat, dass der Staat Geflüchteten keinen internationalen Schutz garantiere. *Frontex* wollte dem Vorwurf entgehen, Unterstützung für rechtswidriges Verhalten zu leisten. Aktuell hat sich *Frontex* in den ungarisch-serbische Grenzbereich zurückgezogen. Welche Aufgaben sie dort genau übernimmt, will sie auf Anfrage nicht mitteilen.

Keine Chance auf eine Rückkehr

In Österreich ist der Polizeieinsatz in Ungarn nicht unumstritten. Stephanie Krisper, Parlamentarierin von Österreichs liberaler Partei NEOS findet, die Operation *Fox* gehöre sofort beendet. Auch Ewa Ernst-Dziedzic sagt „österreichische Polizist:innen dürfen nicht an dieser Kette von Rechtsbrüchen in Ungarn beteiligt sein



– und das können wir derzeit nicht ausschließen“. Ernst-Dziedzic ist Parlamentarierin der Grünen, die selbst in der österreichischen Bundesregierung sitzen. Für den Sprecher der *asylkoordination österreich*, Lukas Gahleitner-Geertz, ist der Einsatz der österreichischen Polizei in Ungarn ein Skandal. „Wahrscheinlich sogar völkerrechtswidrig“, sagt der Jurist, weil Österreich der ungarischen Polizei beim Rechtsbruch assistieren würde.

Djamal Ahmed besitzt seine Zugangskarte für die EAST Traiskirchen bis heute. Ausgestellt am 08. Dezember 2021, um 01:52 Uhr, zeigt sie ein schwarz-weißes Profilbild des Mannes, sein Geburtsdatum, seine Sozialversicherungsnummer und IFA-Zahl. Doch sie nützt Ahmed nichts mehr. Für ihn gebe es keine Chance auf eine legale Rückkehr nach Österreich, teilte Ahmed die Rechtsberatung der Diakonie Österreich vor wenigen Wochen mit. Sämtliche Fristen seien verstrichen. Österreichs Innenminister Karner will künftig derweil noch enger mit Ungarn kooperieren. Demnächst sollen zusätzliche Polizist:innen nach Ungarn entsandt werden.

Mitarbeit: *Najat Gaston*

*Namen geändert

An Ungarns Südgrenze, wenige Meter vom Grenzzaun zu Serbien entfernt, befindet sich ein aufwändig eingezäuntes Areal mit blauen Containern.